

## **WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt**

AG bäuerliche Landwirtschaft

Datum: 06.07.2026

**Laut wissenschaftlichen Prognosen führt der Klimawandel dazu, dass zukünftig längere Trockenperioden und gleichzeitig häufiger Starkregen und Extremwetterereignisse zu erwarten sind. Vor allem in Sachsen-Anhalt, eh schon trockenste Region in Deutschland, droht der Wassermangel sich zu verschärfen.**

**Wie planen Sie, die landwirtschaftlichen Betriebe bei der Anpassung an den Klimawandel, z.B. durch geeignete Förderprogramme wie „Sachsen-Anhalt KLIMA“, zu unterstützen?**

Wir wollen landwirtschaftliche Betriebe bei der Anpassung an Trockenheit, Starkregen und Extremwetter begleiten. Dazu gehört aus unserer Sicht vor allem, bestehende Möglichkeiten sinnvoll weiterzuentwickeln, Beratung zu stärken und Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Betriebe ihre Resilienz eigenverantwortlich verbessern können. Mit der Novellierung des Wassergesetzes haben wir bereits einen wichtigen Schritt hin zu mehr Wasserrückhalt im Land vollzogen. Darauf aufbauend soll die Anpassung an den Klimawandel verlässlich vorangebracht werden.

**Klimawandelfolgen werden in den nächsten Generationen noch stärker spürbar sein. Inwieweit planen Sie, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im Schul- und Berufsschulunterricht zu vermitteln?**

Klimaschutz und Klimafolgenanpassung werden auch in Schule und Berufsschule weiter gestärkt werden. Im Einklang mit den Vorgaben des Schulgesetzes sowie der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt wurden bereits im Jahr 2022 Fachlehrpläne für das Gymnasium und das berufliche Gymnasium unter der Perspektive der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) überarbeitet und durch entsprechende Lehrplananforderungen ergänzt. Im Moment erfolgt laut Bildungsserver Sachsen-Anhalt die Überarbeitung der Lehrpläne für die Grundschulen (Einführung zum Schuljahr 2026/2027) sowie für die Sekundarschulen (Einführung zum Schuljahr 2027/2028). Die Prinzipien der BNE werden dabei besonders berücksichtigt werden.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Landwirtschaftliche Betriebe leiden besonders unter den Auswirkungen des Klimawandels. Gleichzeitig trägt die Landwirtschaft eine gewisse Verantwortung für die sich häufenden Auswirkungen klimatischer Veränderungen. Sie können aber auch wertvolle Beiträge zum Klima- und Artenschutz leisten.

Wie sollte Ihrer Ansicht nach eine klimagerechte und umweltschonende Landwirtschaft aussehen?

Planen Sie konkrete Maßnahmen zum Klima- und Biodiversitätsschutz durch die Landwirtschaft und wenn ja, welche?

Klimagerechte Landwirtschaft bedeutet für uns, dass wir den Rahmen schaffen, dass Betriebe unter den sich ändernden Bedingungen weiter wirtschaften können. Wir wollen tragfähige Konzepte für landwirtschaftliche Bewirtschaftung und regionale Entwicklung verzahnen. Biotopverbünde, Blühstreifen, Streuobstwiesen, Feldgehölze und naturnahe Flächen werden gezielt dort gestärkt, wo sie die größte ökologische Wirkung entfalten. Naturschutzgerechte Landwirtschaft und wirksamer Artenschutz werden konsequent zusammen gedacht.

Die Forschung zu klimaangepasstem Pflanzenbau und moderner Pflanzenzüchtung wird gezielt ausgebaut. Ziel ist es, widerstandsfähige Sorten gegenüber Trockenheit, Hitze und neuen Schaderregern schneller verfügbar zu machen.

Mit der geplanten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ändern sich die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen, mit erheblichen Auswirkungen für die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Fläche. Zum Beispiel werden Agri-PV Anlagen bei den aktuell geplanten Änderungen finanziell so unattraktiv, dass sie mit großen Freiflächen-PV Anlagen nicht konkurrieren können. Das beschleunigt den Ausbau der FF-PV weiterhin und sorgt damit weiterhin für einen Verlust von Agrarflächen und verstärkt die Kauf- und Pachtpreis-Steigerungen. Außerdem erhöht der geplante Wegfall der Einspeisevergütung für Dachanlagen < 25 kW den Druck auf die Freiflächen.

Wie stehen Sie dazu? Unterstützen Sie eine derartige Novelle des EEG?

Würden Sie sich für eine Bundesratsinitiative stark machen, die diese Pläne stoppt?

Grundsätzlich folgen wir unserem Grundsatz, dass landwirtschaftliche Flächen vorrangig der Lebensmittelproduktion dienen. Gleichzeitig leisten die Erneuerbaren einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz und müssen weiter ausgebaut werden! Biomasse, Photovoltaik und Agri-PV werden aus unserer Sicht dort genutzt, wo sie sinnvoll sind und Nutzungskonflikte vermieden werden.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wir sehen die Pläne aus dem Bundeswirtschaftsministerium kritisch. Wir müssen die Erneuerbaren (Wind, PV, Biomasse) ausbauen, wir müssen Bürgerinnen und Bürger über das Akzeptanz- und Beteiligungsgesetz stärker beteiligen und vor allem die Netze besser und schneller ausbauen.

**Auch beim Biogas gibt es mit Blick in die Zukunft wichtige Fragen für bäuerliche Betriebe:**

**Welche Unterstützung können Biogasanlagenbetreiber:innen von Ihnen erwarten, die mit Ihrer Anlage auch nach dem Ausscheiden aus dem 20-jährigen EEG Vergütungszeitraum weiter bedarfsgerechten Strom und Wärme für den ländlichen Raum erzeugen wollen?**

**Wie unterstützen Sie den weiteren Ausbau von Nahwärmenetzen im ländlichen Raum? Wie ermöglichen sie den Anlagen, die ihre Stromerzeugungskapazitäten steigern wollen, um nur dann Strom einzuspeisen, wenn dieser gebraucht wird, dass diese Anlagen auch ausreichend Netzzugang bekommen?**

Biogas und Nahwärmenetze sind insbesondere für den ländlichen Raum eine sehr gute Lösung. Wir unterstützen regionale Nahwärmenetze, unterstützen deren Betreiber bei der Weiterproduktion nach dem EEG-Laufzeitende und setzen uns für schnellere und unbürokratische Regelungen zum Netzzugang ein. Hier sind vor allem die Netzbetreiber in der Pflicht.

**Regionale Wertschöpfungsketten sichern bessere Erzeuger:innenpreise, Produktvielfalt und Selbstbestimmung der Agrarbetriebe im Vergleich zu globalisierten Märkten.**

**Wie möchten Sie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern?**

**Welche Rolle spielt die GAP hier für Sie?**

**Wie wollen Sie die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln fördern?**

Wir wollen regionale Schlacht- und Vermarktungsstrukturen wieder fördern und die regionale Wertschöpfung stärken. Mit unserer Landesgesellschaft haben wir eine Einrichtung, die Unternehmen aus der Landwirtschaft bei Marketingmaßnahmen, Vertriebsstrategien und Messeorganisation unterstützt, damit regionale Produkte noch besser am Markt sichtbar werden und Absatz finden. Für uns gehört auch das Schulobst- und Milchprogramm dazu.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft hängt maßgeblich von der Ausgestaltung der künftigen GAP ab. Wir setzen uns entschieden dagegen ein, dass Kappung oder Degression eingeführt werden. Zugleich werden wir uns weiterhin dafür starkmachen, dass die ostdeutschen Bundesländer ihre besonderen strukturellen Interessen geschlossen vertreten – sowohl auf Bundes-

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

als auch auf EU-Ebene. Nur so lassen sich faire und verlässliche  
Rahmenbedingungen dauerhaft sichern.

**Außerlandwirtschaftliche Investoren drängen zunehmend in den Bodenmarkt, zum Nachteil aktiver Landwirt:innen, die aufgerufene Kauf- & Pachtpreise kaum mehr zahlen können.**

**Mit welchen Maßnahmen möchten Sie Landwirt:innen zukünftig einen fairen Zugang zu Landwirtschaftlichen Nutzflächen ermöglichen?**

**Wie stellen Sie sicher, dass außerlandwirtschaftliche Investoren nicht noch mehr Land in Sachsen-Anhalt – etwa durch Share Deals – aneignen?**

**Wie sollte Ihrer Meinung nach mit öffentlichen landwirtschaftlichen Flächen – etwa der BVVG oder des Landes Sachsen-Anhalts – umgegangen werden? Inwiefern befürworten Sie eine Privatisierung von öffentlichem Land? Im Falle der Verpachtung: wie sollte eine Vergabe des Landes Ihrer Meinung nach gestaltet sein?**

Flächenpolitik und Agrarstruktur müssen fair und zukunftsorientiert gestaltet werden. Sachsen-Anhalt ist durch großflächige landwirtschaftliche Strukturen geprägt, für die SPD sind alle Betriebsformen und -größen gleichwertig. Angesichts zahlreicher anstehender Hof- und Betriebsübergaben verbessern wir gezielt den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen für junge und gründungswillige Landwirtinnen und Landwirte.

Wir wollen die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt gezielt stärken, um Flächen für aktive Betriebe, Neugründungen und Hofnachfolgen bereitzustellen. Weitere Instrumente für eine transparente und faire Flächenvergabe werden weiterentwickelt.

Die Regelungen zur Bewirtschaftung der BVVG-Flächen wollen wir gemeinsam mit dem Bund überprüfen. Ziel ist eine stärkere regionale Steuerung und perspektivisch die Überführung der Flächen in die Verantwortung des Landes, um ortsnahe und fachlich fundierte Entscheidungen zu ermöglichen.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

**Die Landwirtschaft ist auf gut ausgebildete Fach- und Hilfskräfte angewiesen. Eine Lösung für den Fachkräftemangel ist die umfängliche Integration von Fachkräften aus dem Ausland in den deut. Arbeitsmarkt.**

**Wie stehen Sie dazu? Was schlagen Sie vor?**

**Wie wollen Sie junge Menschen dazu motivieren, in der Landwirtschaft zu arbeiten?**

**Mit welchen Instrumenten werden Sie den Generationenwechsel in der Landwirtschaft unterstützen, und welche Aufmerksamkeit sollten insbesondere außerfamiliäre Gründungen bekommen?**

Die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland ist Teil einer umfassenden Strategie zur Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe. Für uns gehören beschleunigte Anerkennungsverfahren, regionale Sprach- und Integrationsangebote sowie verbindliche Beschäftigungsstandards dazu. Zugleich stehen wir für die Wertschätzung der Beschäftigten und eine faire Entlohnung in der Landwirtschaft.

Junge Menschen wollen wir mit praxisnahen Ausbildungswegen, gezielter Unterstützung bei Neugründungen und Hofnachfolgen eine Zukunft in der Landwirtschaft erleichtern. Zum Beispiel über einfacheren Zugang zu Flächen über die Landgesellschaft. Die Förderung für Junglandwirtinnen und Junglandwirte werden wir beibehalten.

**Es könnte sein, dass in diesem Sommer eine EU-Verordnung ratifiziert wird und dann in Zukunft über 90 Prozent der neuen Gentechnik-Pflanzen, die bspw. mit CRISPR/CAS erzeugt wurden, dereguliert werden. Das heißt, obwohl sie klar Gentechnik-Pflanzen sind und Risiken bergen, sollen sie keiner Risikoprüfung, keiner Rückverfolgbarkeit, keinem Schutz vor Kontaminationen, keinen Haftungsregelungen und auch keiner Kennzeichnungspflicht mehr unterliegen.**

**Werden Sie in Sachsen-Anhalt dafür sorgen, dass wir unser Recht auf gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung – bio und konventionell – behalten und die Verbraucher:innen ihr Recht auf Wahlfreiheit?**

**Wie werden Sie das sichern?**

Aufbauend auf der starken Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt, insbesondere Einrichtungen wie dem Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben, den Hochschulen, sowie weiteren außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wollen wir gezielt die Forschung zu klimaangepasstem Pflanzenbau und moderner Pflanzenzüchtung stärken. Ziel ist es, innovative und widerstandsfähige Sorten gegenüber Trockenheit, Hitze und neuen Schaderregern schneller in die landwirtschaftliche Praxis zu bringen.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Mehr und mehr Betriebe stehen wegen zunehmenden Preisdrucks durch den Einzelhandel vor dem Aus. Die lebensmittelverarbeitenden Betriebe (u.a. Molkereien) drücken Preise zusätzlich durch eigene Export-Strategien. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Einkommen bei den zu erwartenden Kürzungen der GAP-Mittel sinken werden, ist eine Stärkung am Markt von zentraler Bedeutung zur Kompensation von Einkommensverlusten.

Wie stehen Sie zur EU-weiten Vertragspflicht, damit Bäuerinnen und Bauern vor Lieferung Menge, Preis, Laufzeiten und Qualitäten festlegen können?

Werden Sie sich für eine wirkungsvolle Umsetzung der Vertragspflicht in Deutschland einsetzen oder für eine Aufweichung?

Im Herbst plant die EU-Kommission Legislativvorschläge zur UTP-Richtlinie (Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette). Würden Sie ein Gebot der Kostendeckung befürworten und unterstützen?

Faire Preise für unsere Bäuerinnen und Bauern sind ein zentrales Anliegen unserer Agrarpolitik. Die Monopolkommission kritisierte in ihrem Sondergutachten Nr. 84 („Wettbewerb in der Lebensmittellieferkette“) die starke Marktkonzentration im deutschen Lebensmitteleinzelhandel. Die vier großen Handelsketten vereinen rund 85 Prozent des Marktes auf sich. Diese Konzentration geht nach Einschätzung der Kommission deutlich zulasten der landwirtschaftlichen Betriebe. Die ungleichen Machtverhältnisse führen dazu, dass Bäuerinnen und Bauern steigende Kosten und Produktionsrisiken tragen, während sie nur unzureichend von höheren Verbraucherpreisen profitieren. Um eine weitere Konzentration von Marktmacht zu verhindern, empfiehlt die Monopolkommission u.a. eine deutlich strengere Fusionskontrolle entlang der gesamten Lebensmittelkette. Mit der Einrichtung einer Ombudsstelle kann eine starke, unabhängige Anlaufstelle geschaffen werden, die Betroffene unterstützen und Missstände konsequent sichtbar machen kann.

Wir wollen deshalb regionale Wertschöpfungsketten gezielt ausbauen. Starke Genossenschaften und regionale Verarbeiter sind zentrale Hebel, um die Verhandlungsmacht der Erzeugerinnen und Erzeuger zu stärken und stabile Preise zu sichern. Wir setzen verstärkt auf Regionalität und Direktvermarktung, die Instrumente dafür sind in unserem Bundesland vorhanden. Entscheidend ist aber auch, das Bewusstsein in der Bevölkerung für regionale Produkte, faire Preise und nachhaltige Erzeugung weiter zu stärken.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Der Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer hat das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung (BUT), mit dem sowohl die Finanzierung der laufenden Mehrkosten als auch Investitionen für Stallumbauten gefördert werden konnten, ersatzlos gestrichen. In Bayern gibt es aber das Tierwohlprogramm "BayProTier", mit dem die laufenden Mehrkosten für tierwohlgerechte Haltung ausgeglichen werden sollen, die zum Beispiel durch Kosten für zusätzliche Arbeit oder Einstreu entstehen.

**Wie stehen Sie zum Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung?**

**Wie stehen Sie zu einem eigenen Landesprogramm zur Finanzierung der laufenden Mehrkosten, die durch die wertvolle bäuerliche Arbeit für mehr Tierwohl entstehen?**

Wir stehen hinter der Analyse und den Empfehlungen der Borchert-Kommission (Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung), die weitreichende Empfehlungen zur Transformation der Nutztierhaltung gegeben hat. Ziel ist eine tiergerechte und wirtschaftlich tragfähige Tierhaltung: ein schrittweiser Umbau zu deutlich höheren Tierwohlstandards mit Stufenmodell und verbindlicher Anhebung der Mindeststandards. Dafür braucht es allerdings enorme Investitionen, Tierwohlprämien und verlässliche Rahmenbedingungen. Ein Landesprogramm wie in Bayern ist ein Ansatz, den wir aber für Sachsen-Anhalt als schwer umsetzbar betrachten.

Für uns müssen Tierwohl und wirtschaftliche Tragfähigkeit zusammen gedacht werden. Investitionen in tiergerechte Haltungssysteme wollen wir gezielt stärken und unterstützen Umbauprogramme des Bundes, um Betrieben den Zugang zu höheren Haltungsstufen und neuen Marktchancen zu eröffnen. Regionale Schlacht- und Vermarktungsstrukturen bauen wir aus, um Tiertransporte zu verkürzen und die Wertschöpfung im Land zu sichern. Die Milchviehhaltung trägt zu regionalen Nährstoffkreisläufen bei, und Beweidung ist zentral für die Biodiversität. Für faire Marktbedingungen setzen wir uns für verpflichtende Lieferverträge zwischen Erzeugern und Molkereien ein, die Menge, Preis und Laufzeit vorab regeln. Zudem fördern wir gezielt die Weidetierhaltung.

Auch das Thema „Tiergesundheit“ ist Grundlage des Tierwohls. Eine landesweite Strategie nach dem One-Health-Ansatz wird umgesetzt, das Tierseuchenmanagement länderübergreifend abgestimmt und Tierheime, Zoos und Tierparks dauerhaft unterstützt.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

**Agroforstsysteme, Hecken und Streuobst bieten essenzielle Antworten auf Artensterben und Klimakrise, jedoch nimmt ihre Fläche insgesamt ab. Es gibt zu wenige Pflanzungen und der Pflegezustand ist schlecht.**

**Was möchten Sie konkret tun, um deren Anlage, Pflege und Bewirtschaftung attraktiv zu machen?**

**Planen Sie z.B. das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz zu nutzen, um die Anlage von Agroforstsystemen und Hecken zu ermöglichen?**

**Welche Anreize möchten Sie setzen, um eine Wirtschaftlichkeit der traditionellen und neuen Agroforstsysteme zu fördern?**

Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl, insbesondere für Umwelt, Klima, Tierwohl und Biodiversität, müssen sich verlässlich im Einkommen der Betriebe widerspiegeln. Agroforstsysteme und Feldraine fördern wir gezielt. Beratung, Weiterbildung und der Wissenstransfer zwischen Praxis, Forschung und Verwaltung werden ausgebaut. Die Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau stellen wir dafür bedarfsgerecht aus.

**Deutschland stehen Strafzahlungen bevor, wenn es die Wiederherstellungsverordnung (WHVO) nicht umsetzt - gleichzeitig sind bisher keine Finanzmittel zur Umsetzung der WHVO in der Landwirtschaft vorgesehen. Jedoch sehen die Vorschläge für die GAP nach 2027 kein verpflichtendes Mindestbudget für Agrarumweltschutz vor und schreiben das Prinzip der Direktzahlungen verstärkt fort.**

**Wie ist Ihre Haltung zu Zielen und Ausrichtung der GAP?**

**Inwiefern werden Sie sich für feste Mindestbudgets für Leistungen der Bäuerinnen und Bauern im Umwelt-, Klima- und Tierschutz in der GAP nach 2027 einsetzen? Und welchen Anteil sollten diese am GAP-Gesamtbudget bekommen?**

**Inwiefern werden Sie die Kappung und Degression gemäß der Vorschläge der EU-Kommission unterstützen?**

Die gemeinsame Agrarpolitik ist und bleibt zentrale Grundlage für landwirtschaftliche Einkommen, sie stellt die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt sicher. Für uns ist klar, weder Kappung noch Degression dürfen kommen, weil sie Höfe in Sachsen-Anhalt empfindlich treffen würden. Dafür ist auch die Beibehaltung der Förderhöhe unabdingbar, ebenso wie die Verteilung der Mittel auf regionaler Ebene.

Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft, etwa für Umwelt, Klima, Tierwohl und Biodiversität, müssen einkommenswirksam honoriert werden, der Erhalt des Dauergrünlands und der Ökolandbau sind zu fördern.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wir werden dafür sorgen, dass die Ost-Bundesländer mit ihrer besonderen Struktur mit einer Stimme sprechen, sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene.

**Die Vereinten Nationen haben das „Internationale Jahr der Frauen in der Landwirtschaft 2026“ ausgerufen.**

**Welche Maßnahmen planen Sie zur Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum?**

Frauen spielen eine entscheidende Rolle in den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts und auch in der Landwirtschaft selbst. Gleichzeitig sind sie bei Erwerbschancen, politischer Teilhabe, Sorgearbeit, Mobilität und sozialer Absicherung noch immer strukturell benachteiligt. Gerade junge Frauen sehen im ländlichen Raum oft zu wenig Perspektiven, wenn Arbeits- und Bildungsangebote begrenzt, Wege weit und Betreuungsangebote nicht ausreichend verlässlich sind.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen von Frauen geführte kleinflächige und direktvermarktende Betriebe. Diese Betriebsformen leisten viel für regionale Wertschöpfung, Versorgung und Vielfalt, sind aber häufig von sozialrechtlichen Lücken besonders betroffen. Das gilt etwa für fehlende wirksame Schutzregelungen beim Mutterschutz für selbstständig tätige Betriebsleiterinnen, für nicht passgenaue Strukturen der Betriebshilfe und für Fragen der Alterssicherung.

Deshalb wollen wir Frauen im ländlichen Raum gezielt stärken und ihre tatsächliche Teilhabe sowie soziale Absicherung verbessern. Dazu gehören verlässliche Infrastruktur, gute Mobilität, erreichbare Gesundheits- und Betreuungsangebote, bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Mandat, Beruf und Familie sowie Rahmenbedingungen, die gleichberechtigte Mitwirkung ermöglichen. Auch bei Förderprogrammen muss stärker darauf geachtet werden, dass von Frauen geführte kleinstrukturierte Betriebe nicht durchs Raster fallen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, bestehende Schutzlücken zu schließen, etwa durch eine Mutterschutz-Entgeltersatzleistung für selbstständige Landwirtinnen und durch passgenauere Regelungen in der Alterssicherung. Zudem braucht es Qualifizierungsstrukturen für Betriebshelferinnen und Betriebshelfer, die auch kleinstrukturierte Gemüsebau- und Direktvermarktungsbetriebe besser unterstützen können. Beratungsstrukturen sollen Fragen der Alterssicherung, Gründung und eigenständigen sozialen Absicherung von Frauen künftig noch gezielter aufnehmen.

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt